

**Auswertung MDRfragt zum Thema:**

**„Not in der Nähe“**

Befragungszeitraum: 06.01. – 09.01.2023

24.898 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

**Die Ergebnisse in der Übersicht:**

**Preisentwicklung hat bei 6 von 10 zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt**

**→ Knapp zwei Drittel sorgen sich zudem vor Verschlechterung des Lebensstandards durch weitere Preisentwicklungen**

**Staatliche Entlastungspakete erzielten bei deutlicher Mehrheit keine spürbare finanzielle Entlastung**

**Staatliche Hilfe zur Linderung der Not: Mehrheit fordert Deckelung der Energie-, Lebensmittel- und Mietpreise**

**Spendenbereitschaft in Zeiten steigender Preise:**

- **Spenden für guten Zweck sind bei mehr als einem Drittel unwichtiger geworden**
- **Unterstützung im eigenen Familien- und Freundeskreis hat bei fast jedem Zweiten an Bedeutung gewonnen**

**Umfang gesellschaftlichen Engagements ist bei knapp einem Viertel gesunken**

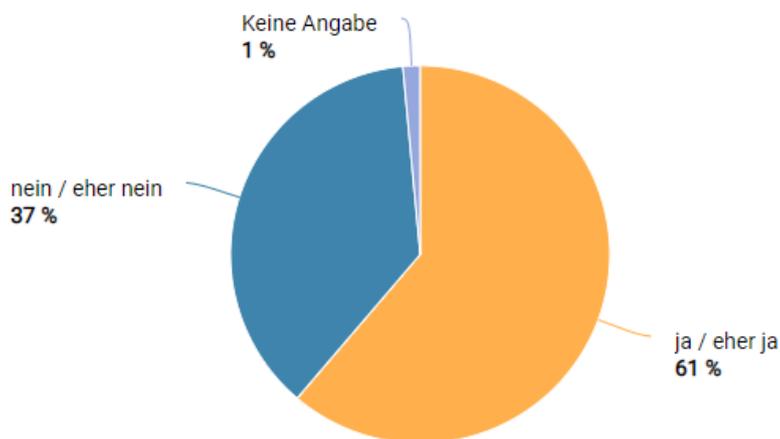
**Forderung: Staatliche Stellen und Behörden sollten für Bedürftige am ehesten Unterstützung leisten**

## Die Ergebnisse im Detail:

### Preisentwicklung hat bei 6 von 10 zu Verschlechterung des Lebensstandards geführt

61 Prozent der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, gaben an, dass die Preisentwicklung zu einer Verschlechterung ihres Lebensstandards geführt hat. Bei mehr als einem Drittel (37 Prozent) ist dies hingegen nicht der Fall.

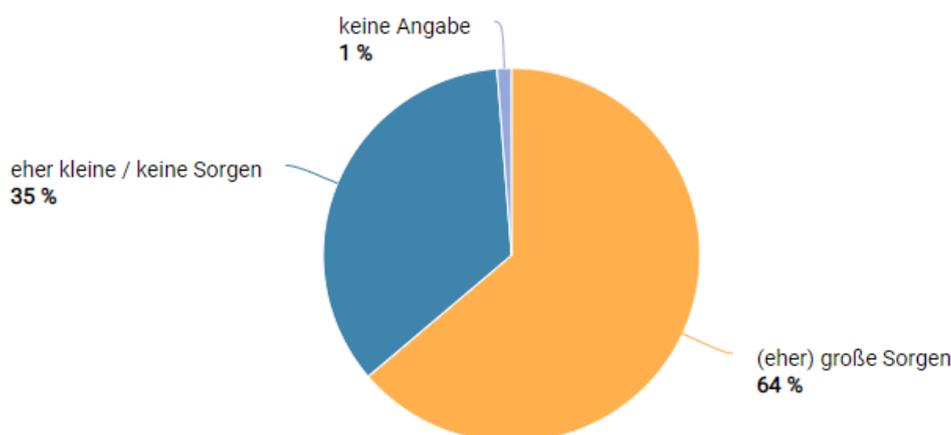
Stand heute: Hat die Preisentwicklung zu einer Verschlechterung Ihres Lebensstandards geführt?



### 2 6 von 10 sorgen sich vor Verschlechterung des Lebensstandards durch weitere Preisentwicklungen

Blickt man in die Zukunft, haben knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Befragungsteilnehmenden aktuell Sorge, dass weitere Preisentwicklungen zu einer Verschlechterung ihres jetzigen Lebensstandards führen könnten. Mehr als ein Drittel (35 Prozent) teilt diese Sorge jedoch nicht.

Frage: Haben Sie Sorge, dass die weiteren Preisentwicklungen zu einer Verschlechterung Ihres jetzigen Lebensstandards führen könnten?



## Staatliche Entlastungspakete erzielen bei 8 von 10 keine spürbare finanzielle Entlastung

Auf die Frage hin, ob die bisherigen staatlichen Entlastungspakete bei den Befragungsteilnehmenden zu einer spürbaren finanziellen Entlastung geführt haben, gaben 85 Prozent an, dass dies bei ihnen nicht der Fall ist. Lediglich 12 Prozent bemerken durch die Entlastungspakete eine spürbare finanzielle Entlastung.

*Frage: Kommen wir jetzt vom Thema Energiewende zu einem Thema, bei dem die Energie nur eine – wenn auch entscheidende – Nebenrolle spielt. Der MDR widmet sich demnächst einen ganzen Tag lang dem Thema „Not in der Nähe“ und blickt dabei auch darauf, wie sich die aktuelle Krise auf Bedürftigkeit und Hilfsbereitschaft auswirkt. Bemerken Sie durch die bisherigen staatlichen Entlastungspakete eine spürbare finanzielle Entlastung?*



## **7 von 10 derjenigen, die finanzielle Entlastung durch staatliche Entlastungsmaßnahmen spüren, bemerken diese durch einmalige Energiepreispauschale**

Die Befragungsteilnehmenden, bei denen die staatlichen Entlastungspakete eine finanzielle Entlastung erzielten, spüren diese durch verschiedene Maßnahmen unterschiedlich stark.

- 7 von 10 (71 Prozent) empfanden die einmalige Zahlung der Energiepreispauschale als besonders hilfreich.
- Für 60 Prozent erzielte die Gas- und Strompreisbremse eine spürbare finanzielle Entlastung.
- Knapp die Hälfte (47 Prozent) empfindet zudem den gestrichenen Dezemberabschlag bei der Gasrechnung als hilfreich.
- Darüber hinaus hat bei einem Viertel (25 Prozent) die Inflationsausgleichsprämie des Arbeitgebers zu einer finanziellen Entlastung geführt.
- Bei knapp einem weiteren Viertel (24 Prozent) erzielte der Heizkostenzuschuss eine finanzielle Entlastung.
- 23 Prozent finden zudem das erhöhte Kindergeld durchaus hilfreich.
- 14 Prozent empfinden die Bürgergeldreform mit gestiegenen Regelbedarfssätzen als finanzielle Entlastung.
- Weitere 14 Prozent sehen den erstmaligen Wohngeldanspruch als hilfreich an.
- Außerdem hat bei 13 Prozent die höhere Minijobgrenze eine finanzielle Entlastung erzielen können.
- Darüber hinaus empfinden 10 Prozent das erhöhte Wohngeld als finanzielle Entlastung.

Frage: Welche Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung fanden Sie persönlich besonders hilfreich? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.

Einmalzahlung Energiepreispauschale



Gas- und Strompreisbremse



gestrichener Dezemberabschlag Gasrechnung



Inflationsausgleichsprämie des Arbeitgebers



Heizkostenzuschuss



Erhöhtes Kindergeld



Bürgergeldreform mit gestiegenen Regelbedarfsätzen



Erstmals Wohngeldanspruch



Höhere Midijobgrenze



Erhöhtes Wohngeld



Sonstige



keine Angabe





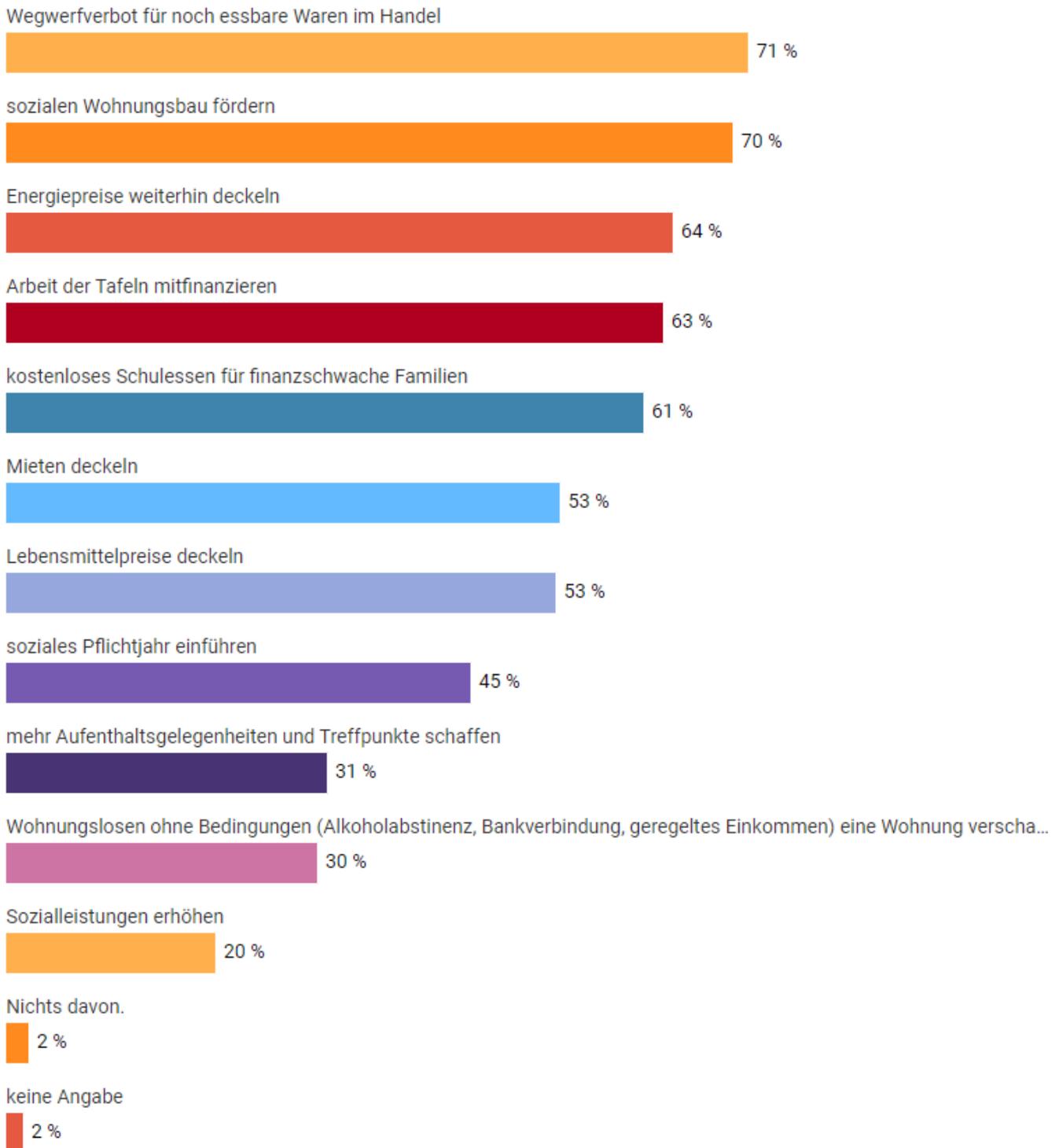
Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

## **Staatliche Hilfe zur Linderung der Not: Mehrheit fordert Deckelung der Energie-, Lebensmittel- und Mietpreise**

Die Befragungsteilnehmenden befürworten unterschiedliche staatliche Maßnahmen zur Linderung der Not.

- 7 von 10 (71 Prozent) sprechen sich hierbei für ein Wegwerfverbot für noch essbare Waren im Handel aus.
- Daneben sind 70 Prozent der Ansicht, dass der Staat den sozialen Wohnungsbau fördern sollte.
- Knapp zwei Drittel (64 Prozent) fordern weiterhin eine Deckelung der Energiepreise und 63 Prozent sprechen sich dafür aus, dass der Staat die Arbeit der Tafeln mitfinanzieren sollte.
- Darüber hinaus plädieren 6 von 10 (61 Prozent) für ein kostenloses Schulessen für finanzschwache Familien.
- Jeweils mehr als die Hälfte (53 Prozent) sprechen sich darüber hinaus für eine Deckelung der Lebensmittel- und Mietpreise aus.
- 45 Prozent sind der Ansicht, dass ein soziales Pflichtjahr zur Linderung der Not eingeführt werden sollte.
- Außerdem denken 31 Prozent, dass mehr Aufenthaltsgelegenheiten und Treffpunkte geschaffen werden sollten.
- Des Weiteren sollte Wohnungslosen aus Sicht von 30 Prozent ohne Bedingungen eine Wohnung verschafft werden.
- Ein Fünftel (20 Prozent) plädiert zudem dafür, die Sozialleistungen zu erhöhen.

Frage: Was sollte der Staat tun, um Not zu lindern? Bitte wählen Sie alles aus, was Sie befürworten.

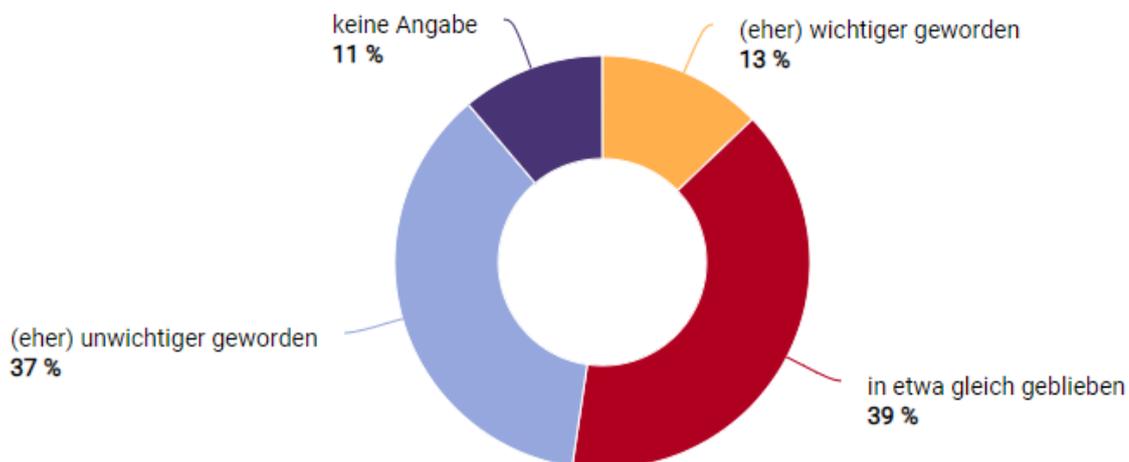


## Für mehr als ein Drittel sind Spenden für den guten Zweck angesichts hoher Preise unwichtiger geworden

Mehr als ein Drittel (37 Prozent) der Befragungsteilnehmenden gab an, dass Hilfe und Spenden für den guten Zweck angesichts hoher Preise für sie unwichtiger geworden sind. Für 39 Prozent ist deren Bedeutung in etwa gleichgeblieben. 13 Prozent gaben demgegenüber an, dass Hilfe und Spenden für den guten Zweck für sie wichtiger geworden sind.

Frage: Welche Bedeutung hat angesichts hoher Preise das Engagement in den folgenden Bereichen für Sie persönlich?

### Hilfe und Spenden für den guten Zweck

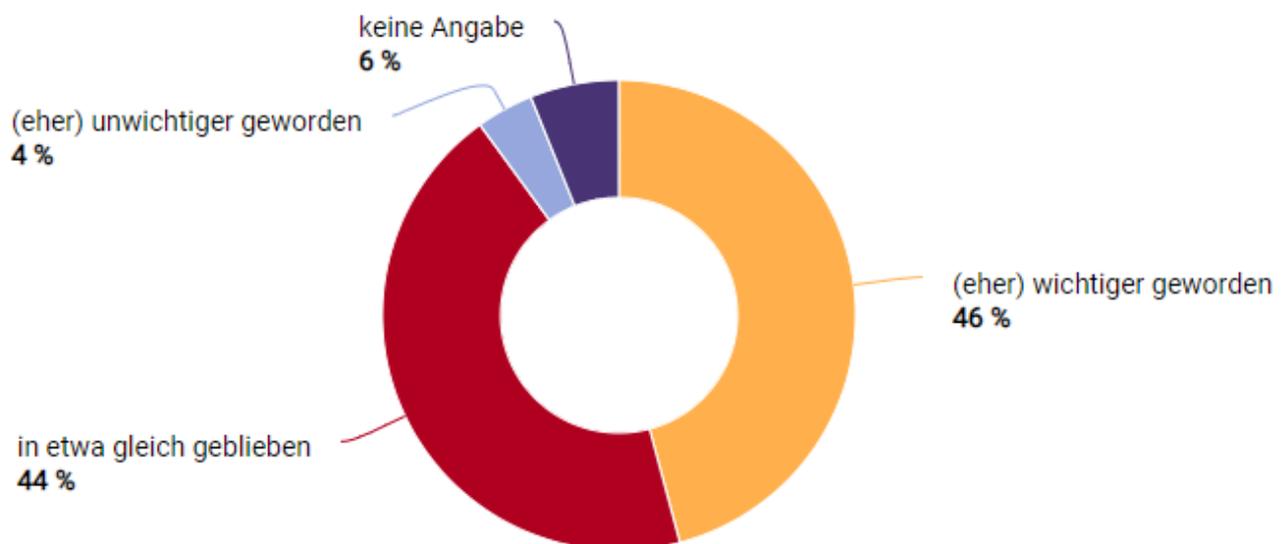


## Hilfe im eigenen Familien und Freundeskreis ist für knapp jeden Zweiten angesichts hoher Preise wichtiger geworden

Anders verhält es sich bei der Hilfe und Unterstützung im eigenen Familien und Freundeskreis. Hier gaben 46 Prozent der Befragungsteilnehmenden an, dass diese für sie angesichts der hohen Preise wichtiger geworden ist. Für 44 Prozent ist ihre Bedeutung hingegen gleichgeblieben. Für lediglich 4 Prozent ist die Hilfe und Unterstützung im eigenen Familien- und Freundeskreis unwichtiger geworden.

Frage: Welche Bedeutung hat angesichts hoher Preise das Engagement in den folgenden Bereichen für Sie persönlich?

### Hilfe und Unterstützung im eigenen Familien- und Freundeskreis



## Ein Drittel hat 2022 für ein regionales Projekt gespendet

Einige MDRfragt-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, engagierten sich 2022 in unterschiedlichen Bereichen.

- 32 Prozent der Befragungsteilnehmenden gaben an, dass sie 2022 für ein regionales Projekt gespendet haben. Bei 59 Prozent war dies hingegen nicht der Fall.
- Zudem haben 27 Prozent 2022 für ein überregionales Projekt gespendet. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) haben dies jedoch nicht getan.
- Außerdem hat etwa ein Viertel (26 Prozent) ein Ehrenamt bei einem regionalen Projekt ausgeübt. 64 Prozent haben dies nicht getan.
- Darüber hinaus übten 7 Prozent ein Ehrenamt bei einem überregionalen Projekt aus. Bei 83 Prozent war dies hingegen nicht der Fall.

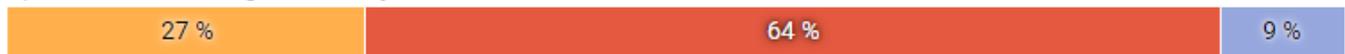
Frage: Haben Sie sich persönlich im Jahr 2022 in den folgenden Bereichen engagiert?

● ja ● nein ● keine Angabe

Spende für ein regionales Projekt



Spende für ein überregionales Projekt



Ehrenamt bei regionalem Projekt



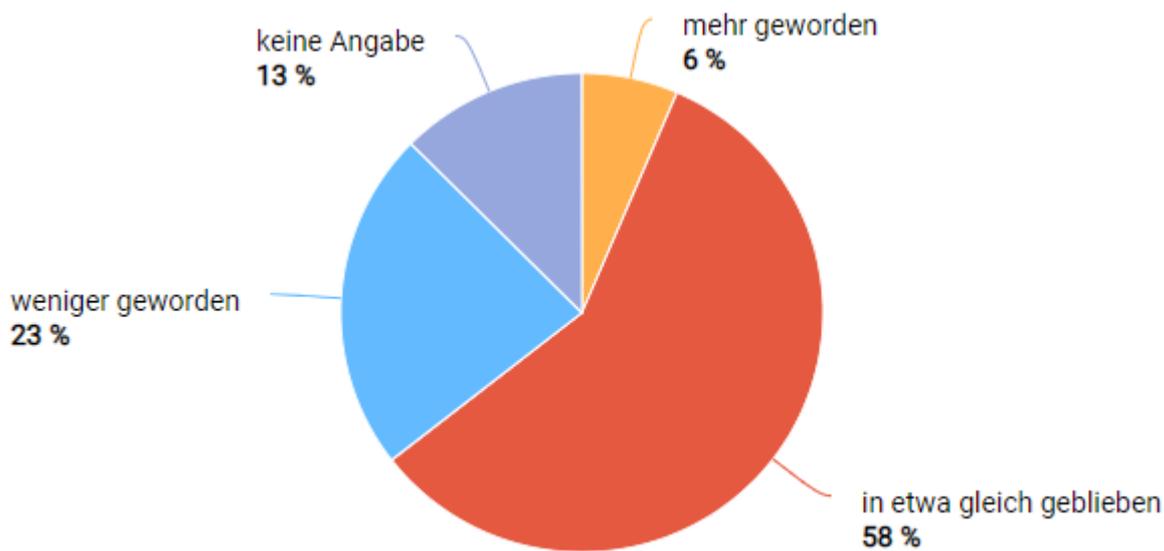
Ehrenamt bei überregionalem Projekt



## Umfang gesellschaftlichen Engagements ist bei knapp einem Viertel gesunken

Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Befragungsteilnehmenden gab an, dass ihr gesellschaftliches Engagement 2022 im Vergleich zu den Vorjahren gleichgeblieben ist. Bei knapp einem Viertel (23 Prozent) ist dieses jedoch weniger geworden – bei 6 Prozent ist es mehr geworden. 13 Prozent treffen hierzu keine Aussage.

Frage: Ist Ihr gesellschaftliches Engagement im Jahr 2022 im Vergleich zu den Vorjahren mehr oder weniger geworden?



## Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln: Deutliche Mehrheit sieht (Hilfs-)Organisationen und Vereine hier als größte Unterstützung für bedürftige Menschen

Aus Sicht der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, finden bedürftige Menschen aktuell in verschiedenen Bereichen am ehesten Unterstützung.

- Bei der Versorgung mit Lebensmitteln denkt mehr als die Hälfte (59 Prozent), dass (Hilfs-)Organisationen und Vereine bedürftige Menschen am ehesten unterstützen. 21 Prozent sind der Ansicht, dass sich die Betroffenen hier derzeit eher selbst helfen müssen. 11 Prozent denken hingegen, dass staatliche Stellen und Behörden bei der Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln am ehesten Hilfe leisten.
- Wenn es um die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum geht, sind 40 Prozent der Ansicht, dass sich die Betroffenen hierbei aktuell selbst helfen müssen. Etwa ein Drittel (34 Prozent) denkt hingegen, dass staatliche Stellen und Behörden hier am ehesten Unterstützung leisten. 13 Prozent sind wiederum der Ansicht, dass (Hilfs-)Organisationen und Vereine bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum am ehesten Hilfe leisten.
- Im Bereich der Hilfe bei Obdachlosigkeit denken 42 Prozent, dass bedürftige Menschen am ehesten bei (Hilfs-)Organisationen und Vereinen Unterstützung finden. 23 Prozent sind der Ansicht, dass staatliche Stellen und Behörden hier am ehesten Hilfe leisten. Etwas weniger, 22 Prozent, meinen, dass obdachlose Menschen sich aktuell selbst helfen müssen.
- Wenn es um die Teilhabe am öffentlichen Leben geht, sind mehr als ein Drittel (38 Prozent) der Ansicht, dass sich Betroffene hierbei derzeit selbst helfen müssen. Ein weiteres Drittel (35 Prozent) denkt, dass Bedürftige dabei aktuell am ehesten bei (Hilfs-)Organisationen und Vereinen Unterstützung finden. 13 Prozent sind der Ansicht, dass staatliche Stellen und Behörden bei der Teilhabe am öffentlichen Leben am ehesten Hilfe leisten.

Frage: Wo finden Ihrer Meinung nach bedürftige Menschen aktuell am ehesten Unterstützung in den folgenden Bereichen?

- Staatlichen Stellen und Behörden
- (Hilfs-)Organisationen und Vereine
- Betroffene müssen sich selbst helfen
- Keine Angabe

### Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln



### Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum



### Hilfe bei Obdachlosigkeit



### Teilhabe am öffentlichen Leben



## Forderung: Staatliche Stellen und Behörden sollten für Bedürftige am ehesten Unterstützung leisten

Aus Sicht der MDRfragt-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, sollten bedürftige Menschen aktuell in verschiedenen Bereichen am ehesten durch staatliche Stellen und Behörden Unterstützung erhalten.

- Bei der Versorgung mit Lebensmitteln denken mehr als zwei Drittel (69 Prozent), dass staatliche Stellen und Behörden hierbei für bedürftige Menschen am ehesten Unterstützung leisten sollten. 16 Prozent sind hingegen der Ansicht, dass Bedürftigen hier am ehesten durch (Hilfs-)Organisationen und Vereine geholfen werden sollte. Lediglich 8 Prozent fordern, dass sich die Betroffenen bei der Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln selbst helfen müssen.
- Wenn es um die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum geht, sind 83 Prozent der Ansicht, dass Bedürftigen hierbei am ehesten durch staatliche Stellen und Behörden geholfen werden sollte. 7 Prozent denken, dass sich die Betroffenen hier selbst helfen müssen. Für 4 Prozent sollten (Hilfs-)Organisationen und Vereine bedürftigen Menschen bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum am ehesten Unterstützung leisten.
- Im Bereich der Hilfe bei Obdachlosigkeit denken etwa drei Viertel (76 Prozent), dass staatliche Stellen und Behörden hierbei für bedürftige Menschen am ehesten Unterstützung leisten sollten. 11 Prozent sind der Ansicht, dass (Hilfs-)Organisationen und Vereine Bedürftige hier am ehesten unterstützen sollten. Demgegenüber fordern 7 Prozent, dass die Betroffenen sich bei Obdachlosigkeit selbst helfen.
- Wenn es um die Teilhabe am öffentlichen Leben geht, denkt mehr als die Hälfte (53 Prozent), dass staatliche Stellen und Behörden den Bedürftigen hier am ehesten Unterstützung leisten sollten. Demgegenüber sind 21 Prozent der Ansicht, dass Bedürftige hierbei am ehesten durch (Hilfs-)Organisationen und Vereine Unterstützung erhalten sollten. Für 17 Prozent sollten sich die Betroffenen bei der Teilhabe am öffentlichen Leben selbst helfen.

Frage: Und wo sollten Ihrer Meinung nach bedürftige Menschen idealerweise am ehesten Unterstützung erhalten in den folgenden Bereichen?

- Staatlichen Stellen und Behörden
- (Hilfs-)Organisationen und Vereine
- Betroffene müssen sich selbst helfen
- Keine Angabe

### Versorgung mit bezahlbaren Lebensmitteln



### Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum



### Hilfe bei Obdachlosigkeit



### Teilhabe am öffentlichen Leben



## Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 06.01. – 09.01.2023 stand unter der Überschrift:

### **Habeck-Vorstoß: Kohle-Aus 2030 - nach NRW nun auch im Osten?**

Diese enthielt auch Fragen zum Thema: „Not in der Nähe“

Insgesamt sind bei MDRfragt 63.221 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 09.01.2023, 01 Uhr).

24.898 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

#### Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	250 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.261 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	10.667 Teilnehmende
65+:	10.720 Teilnehmende

#### Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	13.076 (53 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	6.096 (24 Prozent)
Thüringen:	5.726 (23 Prozent)

#### Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	10.076 (40 Prozent)
Männlich:	14.765 (59 Prozent)
Divers:	57 (0,02 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.